A5-Ä4 Grüne Offensive für eine kohärente Klimaschutz- und Biodiversitätspolitik

Antragsteller*in: Silke Backsen

Änderungsantrag zu A5

Nach Zeile 16 einfügen:

- 1. Eine große Chance für eine Natur- und Klimaschutzoffensive bietet das europäische Gesetz zur Wiederherstellung der Natur. Es kann europaweit den Zustand der Lebensräume und Arten verbessern. Dabei wird ihre Umsetzung auch die Nutzungsfähigkeit der Natur für Land- und Forstwirtschaft sichern bzw. wiederherstellen, einen wichtigen Beitrag zum Klima- und Hochwasserschutz leisten und die Lebensbedingungen in den Siedlungsräumen verbessern. Wir Grüne in Schleswig-Holstein unterstützen dies und fordern deshalb die Landesregierung auf, diesen Booster für eine gute Zukunft künftiger Generationen ambitioniert in den zuständigen Ressorts für Naturschutz, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Städtebau umzusetzen.

- 2. Naturschutzgebiete sind von herausragender Bedeutung für die Biodiversität in unserem Land. Auf Landes- aber vor allem auch kommunaler Ebene - setzen wir uns für eine Verbesserung des Zustands bestehender Schutzgebiete ein. Um ihre Wirkung zu entfalten, müssen Schutzgebiete effektiv miteinander verbunden werden. Auch deshalb fordern wir, dass die in der Landesbiodiversitätsstrategie der Landesregierung bis 2030 vorgesehenen 3,6% der Landesfläche zeitnah als Naturschutzgebiet ausgewiesen sind. Dafür sind noch ca. 4.500 ha neue NSG-Fläche an Land erforderlich.Als Konsequenz aus den ernüchternden Ergebnissen der Biotopkartierung müssen wir den gesetzlichen Biotopschutz auf Bundes- und Landesebene stärken.

- 3. Knicks sind ein prägendes Element der Landschaft und Artenvielfalt in Schleswig-Holstein. Sie dienen als Rückzugs- und Lebensraum zahlreicher, auch seltener und gefährdeter Tier- und Pflanzenarten. Die Knickpflege ist von der UNESCO zurecht als immaterielles Kulturerbe anerkennt. Wir erkennen die Leistungen gut wirtschaftender Landwirt*innen dabei an und unterstützen die vom Umweltministerium vorgeschlagenen Flexibilisierungen. Die Vorverlegung des Schnittzeitraums um 2 Wochen darf dabei keinesfalls zu einer Verschlechterung des Knickschutzes führen. Wir begrüßen deshalb ausdrücklich, dass die Aufwertung der Knicks ein zentrales gemeinsames Anliegen der Koalition bleibt und werden vor Ort von den zuständigen Behörden einfordern, dass Rechtsverstöße besser geahndet werden. Forderungen, den Knick aus dem gesetzlichen Biotopschutz zu entlassen, erteilen wir eine klare Absage.

- 4. Dauergrünland ist ein Alleskönner im Klima- und Umweltschutz. Es prägt unser Landschaftsbild, schützt Klima, Böden und Gewässer und ist eine wichtige Grundlage für die Artenvielfalt, insbesondere von Wiesenvögeln und Insekten. Das Dauergrünlanderhaltungsgesetz schützt davor, dass Flächenversiegelung und Grünlandumbruch diesen wertvollen Lebensraum zerstören. Wir fordern unsere Abgeordneten im Landtag daher auf, den gesetzlichen Grünlandschutz zu stärken. Abschwächungen kann es mit uns Grünen nicht geben. Wir wollen, dass die Böden in Schleswig-Holstein ihre ökologischen Funktionen behalten und weiterhin Regenwasser aufnehmen können. Deshalb wollen wir die Bebauung von naturbelassenen Flächen in Schleswig-Holstein verringern und hin zu einer dynamischen Flächenkreislaufwirtschaft kommen: Statt regelmäßig neue Flächen auszuweisen, wollen wir vorhandene Flächen wieder in Wert setzen.

- 5. Nasse Moore sind echte Helden des biologischen Klimaschutzes. Sie schützen das Klima und sind Lebensraum zahlreicher Arten. Wir werden den Moorschutz weiter ausbauen und trockengelegte Moore wiedervernässen. Das Grüne „Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz“

des Bundes muss deshalb zügig umgesetzt werden. Wir fordern, dass der natürliche Klimaschutz den Stellenwert erhält, den er mit Blick auf den Klimawandel dringend benötigt und als überragendes öffentliches Interesse anerkannt wird.

- 6. Schleswig-Holstein ist reich an Gewässern, aber kaum eines davon befindet sich in einem ökologisch guten Zustand. Für unsere Fischereibetriebe, für unseren Tourismus, für unsere Wasserwirtschaft aber auch für Klima- und Artenvielfalt ist das ein nicht hinnehmbarer Zustand. Deshalb ist die konsequente Verringerung von Nähr- und Schadstoffeinträgen prioritär voranzubringen.

- Wir brauchen ein strengeres Düngerecht bei gleichzeitiger Gerechtigkeit für die Betriebe, die ökologisch und umweltfreundlich wirtschaften

- wir brauchen die forcierte Schaffung von Feuchtgebieten und Wäldern, die ambitionierte Renaturierung von Auen und die verpflichtende Schaffung von dünge- und pestizidfreien Gewässerrandstreifen sowie eine kontinuierliche Verbesserung der Klärtechnik.

- Die im Aktionsplan Ostseeschutz der Landesregierung beschlossenen Reduktionspfade stellen aus unserer Sicht einen Kompromiss mit der Landwirtschaft dar, der zwingend eingehalten werden muss. Über die im Koalitionsvertrag von CDU und Bündnis 90 / Die Grünen vereinbarte Strategie zur Reduktion von Pflanzenschutzmitteln müssen wir zu einer signifikanten Reduktion des Einsatzes von Ackergiften kommen.

- Die neu zu errichtenden streng geschützten Naturschutzgebiete in der Ostsee mit ihren Rückzugsorten für Meerestiere und CO2-bindenden Seegraswiesen werden nicht nur einen Beitrag für die Meeresbiodiversität sondern auch für den Klimaschutz leisten. Wir begrüßen die Entscheidung der Landesregierung sehr, diese Naturschutzgebiete zeitnah zu schaffen und werden dies vor Ort unterstützen.

- 7. Wir begrüßen jedes Engagement bei der Umsetzung von Maßnahmen für den Natur-, Arten- und Klimaschutz und stehen fest an der Seite des ehrenamtlichen Naturschutzes und der vielen Freiwilligendienstleistenden. Freiwillige Vereinbarungen ersetzen jedoch keine Politik, sondern ergänzen sie allenfalls. Statt unzählige Arbeitsgruppen und unverbindliche Runde Tische einzurichten, sprechen wir uns für klare rechtliche Regelungen aus. Das ist auch ein Beitrag zur Entbürokratisierung und zur Entlastung vieler Akteur*innen.

Unterstützer*innen

Mathias Schmitz (KV Pinneberg); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Gerd Weichelt (KV Dithmarschen); Hanno Michel (KV Kiel); Markus Winkler (KV Schleswig-Flensburg); Katrin Stange (KV Pinneberg); Tobias Goldschmidt (KV Plön); Christof Martin (KV Rendsburg-Eckernförde); Wiebke Garling-Witt (KV Stormarn); Sabine Loof (KV Pinneberg); Jan Kürschner (KV Kiel); Ulrike Täck (KV Segeberg); Uta Röpcke (KV Herzogtum Lauenburg); Hildegard Bedarff (KV Pinneberg); Stefan Lansberg (KV Plön)